Donnerstag, den 20. April.

Thorner  Zeitung.

Nro. 94. Erscheint täglich Morgens mit Ausnahme des Montags. — Pränumerations-Preis für Einheimische 25 Sgr. — Auswärtige zahlen bei den Königl. Post-Anstalten 1 Thlr. — **Inserate** werden täglich bis 3 Uhr Nachmittags angenommen und kostet die vierspaltige Zeile gewöhnlicher Schrift oder deren Raum 1 Sgr. 3 Pf. 1871.

Tagesbericht vom 19. April.

Zur Aufgabe des deutschen Reiches. Vor den Ereignissen von Düppel und Alsen spielte Preußen in Deutschland die zweite Rolle, und in Europa gar keine. Es hatte ein halbes Menschenalter den Fluch der Neutralität getragen, der Schimpf von Olmütz und Warschau, die Unterdrückung der schleswigholsteinschen Erhebung von 1848 lastete centnerschwer auf ihm. Der dänisch-deutsche Krieg rehabilirte wieder den Staat Friedrichs des Großen in der öffentlichen Meinung Deutschlands und Europa's. Preußen erhielt durch ihn die moralische Fähigkeit, mit dem Anspruch auf die politische und militärische Fähigkeiten in Deutschland wieder hervorzutreten. Oesterreich machte ihm nichts destoweniger diese Führerschaft streitig, für deren Geltendmachung Preußen nunmehr mit dem ganzen Gewicht seiner militärischen Macht eintrat. Oesterreich wurde aus Deutschland ausgewiesen, die mittelstaatliche Coalition vernichtet, die gesammte Kraft Norddeutschlands im Norddeutschen Bunde vereinigt. Dieser Bund erweiterte sich zum deutschen Reiche in Folge des freventlichen Uebermuths, mit welchem Frankreich der auf die Herstellung der deutschen Einheit gerichteten Mission Preußens mit den Waffen in der Hand entgegentrat. Aus dem Riesenkampfe der beiden Nationen ist die Wiederherstellung des deutschen Reiches hervorgegangen. Dieses Reich hat den Anspruch auf die Hegemonie über das Abendland erworben, denn Frankreich und Oesterreich haben die Fähigkeit verloren, in europäischen Angelegenheiten zu entscheiden. Beide Staaten bedürfen einer durchgreifenden Regeneration, um die Bedingungen einer sicheren Existenz wieder zu gewinnen. Deutschland dagegen wird schon in kurzem eine solche Anziehungskraft auf die germanischen Staaten dieses Erdtheils ausüben, daß in nicht zu entfernter Zeit Europa sich daran gewöhnen wird Deutschland als den eigentlichen Regulator der abendländischen Angelegenheiten zu betrachten.

Immerhin aber werden wir trotz der ungeheuren Erfolge, welche wir in den letzten Jahren errungen, mit Schwierigkeiten zu kämpfen haben, um die Macht zu erlangen, die zur Herstellung des Weltfriedens erforderlich ist. —

Der Widerstand Oesterreichs gegen den Anschluß Deutsch-Oesterreichs an das deutsche Reich wird unzweifelhaft Deutschland die Gelegenheit geben, in einer letzten Action die Kraft aller deutschen Stämme zu vereinigen, nicht um die übrigen Nationen zu unterdrücken, sondern um sie in ihrer Freiheit und Unabhängigkeit zu schützen und diesem Erdtheile die Segnungen eines dauernden Friedens zu geben.

Die Pläne der Rothen in Paris. Nachdem dieselben endlich die Gewalt in die Hand bekommen, sind auch sie nunmehr vor die Nothwendigkeit gestellt, die großen Worte in bestimmte Thaten und Leistungen umzusetzen. Und da sehen wir sie zuvörderst ganz dieselben Wege wandeln, welche bisher noch jede Tyrannei gegangen ist. Vor Allem ist also auch unter dem Regiment der Commune von irgend welcher politischen Freiheit Andersdenkender nicht die Rede. Für diese existirt weder freie Meinungsäußerung noch Versammlungsrecht. Aber zum Unterschiede von anderer Tyrannei wird von der Commune auch über das Gebiet der politischen Freiheit hinaus nicht einmal die gesellschaftliche und die Erwerbsfreiheit respectirt. Man nimmt den Gegnern sogar ihr Eigenthum, verbietet ihnen Ausübung ihres Gewerbes, erlaubt ihnen nicht die Wahl des Aufenthalts, hebt den Rechtsweg auf und etablirt überhaupt eine Herrschaft über Leib und Seele der Menschen, wie sie sich von der Sclaverei nur durch den Mangel des Namens unterscheidet. Es liegt in der Natur der Sache, daß diese Zustände nicht 24 Stunden überleben würden, wenn sie nicht nur im Gewande vorübergehender Nothstände aufträten. Auch als solche reizen sie aber gegen sich auf, und so ist denn die Commune in Paris, um den Widerstand gegen sich zu mildern, dahin gelangt, endlich auch ein sog. Programm dessen aufzustellen, was sie mittels Durchganges durch die gegenwärtige Dictaturgewalt in Zukunft erreichen will. Es ist dies nichts mehr und nichts weniger als die völlige Auflösung des Staates. Zunächst will Paris absolut selbstständig sein; es will seine Verwaltung, seine Gerichte seine Steuern, seine Zölle gegen das Ausland, ja sogar seine allgemeine Gesetzgebung in gänzlicher Unabhängigkeit gegen das übrige Frankreich feststellen. Sogar den Code civil, das allgemeine bürgerliche Gesetzbuch, behält es sich vor, nach seinen Wünschen zu ändern. Und ganz dieselbe Freiheit, welche es für sich fordert, will es allen anderen Gemeinden eingeräumt wissen. Ein freier Bund der selbstständigen Communen Frankreichs soll an die Stelle des gegenwärtigen französischen Staates treten. Ein Heer soll in keiner der freien Communen und deren Umkreis von 25 Stunden bestehen dürfen, d. h. also auf französischem Boden verschwinden. Das Papiergeld jeder Commune soll dagegen in ganz Frankreich ohne Widerrede circuliren und natürlich für voll angenommen werden. Es ist nicht nöthig, diesen und ähnlichen Unsinn im Einzelnen zu würdigen. Wohl aber verdient das Programm als solches bekannt gemacht zu werden, weil es aufs Deutlichste beweist, daß, wer sich der Herrschaft einer allgemeinen Staatsordnung widersetzt, sich davon befreien will, sofort in reine Hirngespinnste verfällt. Das Programm der Commune, so viel Mühe es sich auch giebt, bestimmte Gedanken auszudrücken, ist weiter nichts als die Proclamirung der Gedankenlosigkeit. Daß das ganze heutige Leben mit all' den tausendfältigen Ansprüchen, welche Jedermann, auch der Aermste, an dasselbe macht, ohne eine allgemeine Rechts- und Staatsordnung nicht möglich ist, fällt diesen Communisten nicht im Mindesten ein. Indem sie sich heute gegen die Staatsordnung auflehnen, ihre Lebensansprüche aber doch nicht aufgeben wollen, ziehen sie sich mit den letzteren einstweilen in sogenannte freie Gemeinden zurück. Könnte ihnen dies gelingen, so würden sie morgen mit denselben Ansprüchen vor den Schranken der Gemeinde stehen, und würden auch diese auflösen müssen. Es ist eben nichts als absolute Zuchtlosigkeit, welche sich keinerlei Rechtsordnung fügen, sondern schrankenlos den egoistischen Trieben des Individuums folgen will, welche in der Pariser Revolutionspartei ihr Wesen treibt, Nur in der Zügelung des Individualismus liegt aber der eigentliche Werth des Menschen, nur sie unterscheidet ihn vom Thiere.

— In der militärischen Lage von Paris hat sich in den letzten Tagen nichts geändert. Die Siegesberichte der Commune sind von der Regierung in Versailles dementirt; letztere wartet Verstärkungen ab, um einen entscheidenden Schlag gegen die Hauptstadt zu führen, in welcher der Aufstand nun schon 4 Wochen andauert. Was die deutschen Truppen anlangt, so sind diese zwar näher an die Hauptstadt herangezogen, zu einem Einschreiten derselben wird es indeß in keinem Falle kommen, da die Gewißheit vorhanden ist, daß die Tage der Commune gezählt sind und die Executivgewalt in Paris wiederholt die Erklärung abgegeben hat, daß nach der in kürzester Frist erfolgenden Unterdrückung des Aufstandes Frankreich mit Energie sich der Erfüllung der Friedenspräliminarien widmen werde.

— In pariser Blättern beginnt sich eine gewisse Furcht vor einer deutschen Einmischung in die inneren Wirren wiederzuspiegeln. So wird dem „Temp" vom 15. April eine Mittheilung gemacht, wonach am 11. ein preußischer Bevollmächtigter dem Gouvernement in Versailles notificirt hätte, daß Preußen die Absicht habe, in dem Conflict der Commune mit der versailler Versammlung zu interveniren, um die ihm so wesentliche Sicherstellung der Präliminarbedingungen des Friedens zu gewinnen. Herr Thiers habe darauf geantwortet, daß die der Nationalversammlung ergebenen Kräfte keinen Zweifel über den Ausgang des Kampfes aufkommen ließen u. daß er trotz der Verblendung eines Theiles der pariser Bevölkerung, die Mitwirkung fremder Kräfte bei dem so peinlichen Unterdrückungsact, zu dem er gezwungen werde, nicht annehmen dürfe. Als der preußische Abgesandte auf das Capitel Garantien zurückgekommen sei und angedeutet habe, daß nur eine baldige Erfüllung der Hoffnungen der versailler Regierung in den Absichten seiner Regierung etwas ändern könne, habe Herr Thiers erklärt, daß er die Macht nicht zu bewahren vermöge, wenn Preußen darauf bestände, in dem Kampfe Partei zu ergreifen. Diese Antwort sei nach Berlin gesandt worden und sie habe genügt, um den Fürsten Bismarck zu der Erklärung zu bestimmen, daß bei dem augenblicklichen Stand der Dinge in Frankreich die Erhaltung des berühmten Staatsmannes, welcher augenblicklich seine Geschicke leite, die sicherste und beste Garantie für Preußen sei. Dieses werde somit dem Ausgang des Kampfes ruhig entgegensehen, und nur in dem nicht zu erwartenden Falle, daß die Commune triumphire, interveniren. Der „Temps" giebt diese Mittheilung unter Reserve wieder, ohne irgend welche Betrachtungen daran zu knüpfen, und er thut wohl daran,

---

Sieben Parteien

haben sich im deutschen Reichstage constituirt, von denen die nationalliberale mit nahezu 120 Mitgliedern die stärkste und die aus 13 Abgeordneten bestehende polnische Fraction am schwächsten ist. Nur die letztere Partei steht nicht auf dem Boden der Reichsverfassung, alle anderen dagegen betrachten dieselbe als den Ausgangspunkt ihres nationalen und freiheitlichen Strebens.

Am stärksten sind diese beiden Richtungen, die nationale Unabhängigkeit und die verfassungsmäßige Freiheit, in denen sich unser Jahrhundert bewegt, auf der linken Seite des Hauses vertreten. Jedenfalls wird die nationalliberale Partei den Einheitsgedanken am meisten pflegen und das föderative Element bekämpfen, die „berechtigten Eigenthümlichkeiten" nicht schonen, während die Fortschrittspartei dem Bedürfniß nach Freiheit bei jeder passenden Gelegenheit den lautesten Ausdruck giebt. Die conservative Partei, deren Stellung zur Regierung als bekannt vorausgesetzt werden darf, bildet für die nationale Politik des Reichskanzlers selbstverständlich kein Hinderniß, ja sie wird sogar durch den Druck derselben je mehr und mehr zu liberalen Anschauungen hinübergedrängt, so daß sie sich heute nicht einmal mehr den auf Freiheit der Presse gerichteten Bestrebungen des Reichstages ernstlich engegenstemmt.

Unter diesen drei Parteien herrscht vollständige Klarheit über die Ziele ihrer Bestrebungen, was man dagegen von den beiden neu gebildeten Reichsparteien, der „deutschen Reichspartei" und der „liberalen Reichspartei", nicht behaupten darf; wie schon der Name dieser Parteien nichts prätendirt und nichts negirt, so zeichnen sich die Männer derselben durch Unklarheit ihrer Ziele, durch Energielosigkeit ihres Strebens aus. Die „deutsche Reichspartei", die ehemals Freiconservativen, zählt 31 Mitglieder, darunter als das einzige süddeutsche den württembergischen Exminister v. Wagner, und mit Ausnahme dieses sowie des hannoverschen Oberpräsidenten Grafen Stollberg und des Grafen Münster sind die Herren sämmtlich aus Altpreußen. Wodurch sich diese Partei von ihrer Mutter, der conservativen, unterscheidet, ist nicht leicht zu definiren; diejenigen Mitglieder derselben, welche durch ihre amtlichen Würden von vornherein nicht ganz unabhängig sind, wie v. Keudell, v. Lindenau, Graf Stollberg u. a., stimmen in allen Fragen mit der Regierung, und die übrigen opponiren grundsätzlich nicht, höchstens daß sie hie und da in kirchlichen Angelegenheiten das freisinnige Mäntelchen umhängen. Die freiheitliche Entwickelung Deutschlands wird durch die Existenz einer solchen Partei gewiß nicht gefördert, wiewohl sie sich niemals zu dem Gedanken eines ernstlichen Widerstandes gegen die nationale Politik des Fürsten Bismarck wird aufschwingen können.

Letzteres darf leider kaum von der sogenannten „liberalen Reichspartei" behauptet werden. Diese wunderbare Partei, die aus den verschiedenartigsten Elementen zusammengesetzt ist und eine Anzahl preußischer und deutscher Exminister, sächsische Partikularisten und mehre Mitglieder der bayerschen Fortschrittspartei in sich vereinigt, wird dem in der deutschen Reichsverfassung so stark vertretenen Föderativ-Elemente zum hauptsächlichsten Stützpunkt dienen, und die „berechtigten Eigenthümlichkeiten", d. h. der Partikularismus in Bayern, Sachsen, Württemberg und verschiedenen norddeutschen Kleinstaaten, werden an diesen Herren ihre eifrigsten Fürsprecher finden. Wie die nationale Entwickelung durch die „liberale Reichspartei" nur gehemmt werden kann, wird auch der freiheitliche Ausbau der Reichsverfassung mindestens nicht gefördert werden, denn die Herren vertreten in allen Dingen das „gemäßigte" Element, d. h. sie bekämpfen jedwedes energische Streben auf allen Gebieten des Staatslebens.

Mehr oder weniger gilt dies auch von der Centrums- oder klerikalen Partei, deren Führer sich zwar den Anschein geben möchten, als ob sie alle anderen Parteien an Freisinnigkeit und nationaler Begeisterung weit überragen. Die Klerikalen trauern, daß in die Reichsverfassung keine Grundrechte aufgenommen sind, daß Deutschland zerstükkelt und Oesterreich aus demselben ausgestoßen sei; indessen ist doch Niemand darüber in Zweifel, daß ihre Ziele auf ganz anderm Gebiete liegen und daß es sich für sie nur darum handelt, der Kirche dem Staate gegenüber eine solche Selbständigkeit zu geben, welche die Zwecke des letztern wesentlich einschränken würde u. den Priestern eine viel größere Macht und viel größern Einfluß wie den Beamten des Staates sichert. Diese Partei, gegen welche ein großes Mißtrauen auf allen Seiten des Reichstags herrscht, steht fast ganz isolirt da und hat nur die Unterstützung der Polen, welche lediglich als deutsche Reichsstatisten figuriren.

denn sie möchte in dem Schluß, zu welchem sie gelangt, wohl sehr der Begründung entbehren. Man ist in hiesigen maßgebenden Kreisen ziemlich entgegengesetzter Meinung und theilt so ziemlich die Ansicht der „Times", welche sich am 13. in mehreren Artikeln über die Unentschlossenheit und Unfähigkeit der versailler Regierung der Insurrection gegenüber ausspricht. Mit jedem durch jene Unentschlossenheit verlorenen Tage wachsen die Schwierigkeiten des Unternehmens und abgesehen von allen Fragen der Klugheit und Gerechtigkeit, ist es unmöglich sich der Ueberzeugung zu verschließen, daß die gegenwärtige Geschichte Frankreichs einen beklagenswerthen Mangel politischer Intelligenz auf Seiten Aller bekundet, welche zu irgend einer politischen Pflichterfüllung berufen sind. Die Unschlüssigkeit der loyalen Bürger von Paris, die Unbereitschaft des Herrn Thiers und seiner Collegen, die Verwirrung in der Nationalversammlung, Alles das wirkt zusammen, um Zustände zu ermöglichen, wie sie unhaltbarer nicht gedacht werden können. So mag es zu erklären sein, daß pariser Blätter wiederholt von bedeutenden deutschen Truppenbewegungen sprechen. Wir bereiten uns vor, um den möglicherweise eintreffenden Ereignissen gewachsen zu sein, und gewiß ist, daß es ihnen nicht gelingen wird, uns zu überraschen.

Deutscher Reichstag.

Die Sitzung am 18. April wird vom Präsidenten Dr. Simson um 12¼ Uhr eröffnet. Die erste Nummer der Tagesordnuug ist die Interpellation des Abg. Dr. Lucius (Erfurt): „Ob. u. welche Vorkehrungen getroffen sind seitens des Postbehörde, um die Sendung von Paqueten an die in Frankreich stehenden deutschen Truppen zu bewerkstelligen." Nach kurzer Befürwortung seitens des Dr. Lucius erklärt Minister Delbrück, daß die Postverwaltung darüber schon vor 8 Tagen Recherchen angestellt. Die Verhandlungen schweben noch und es werden seitens der Postverwaltung alle Schritte geschehen, um die Paquetbeförderung sobald als möglich wieder einzuführen.

Es folgen Wahlprüfungen. Die Wahl des Abg. v. Niegolewski wird trotz einzelner Proteste für giltig erklärt, und die gegen die Wahl erhobenen Beschwerden dem Bundeskanzler zur Untersuchung übergeben. — Namens der 3. Abtheilung referirt der Abg. Dr. Gneist über die Wahl des Geistl.-Raths Müller. Nach Erhebung der Aussagen wird behauptet, daß die Geistlichen von der Kanzel gegen die Wahl des Herzogs von Ratibor agitirt und offen für die Wahl des geistl. Rath Müller geworben haben. Die Abtheilung schlägt vor, die nachträglich eingetroffenen Proteste dem Reichskanzler zur Erhebung zu übergeben. Gegen diesen Antrag erklären sich die Abg. Frh. v. Löe, Dr. Windthorst, Grül, Graf Kleist, für denselben die Abgg. Dr. Schwarze, Dr. Becker, v. Bernuth, Graf Bethusy Huc, Dr. Friedenthal, und der Ref. Dr Gneist. Schließlich wird der Antrag der Abtheilung mit sehr großer Majorität angenommen.

Für die 5 Abtheilung referirt Abg. Dr. Pfeiffer über die Wahl des Abg. Dr. Hermann (Schweinfurt). v. Mallinckrodt, beantragt dieselbe für ungiltig zu erklären, ihm schließt sich Abg. Schels mit der Bitte an, dem Rechtsbewußtsein des bayrischen Volkes nicht ins Gesicht zu schlagen.

Abg. Miquel erklärt sich gegen den Antrag der Abtheilung und bittet die Wahl für giltig zu erklären, ebenso der Abg. Fastner, nicht vom Standpunkte de lege ferenda sondern de lege lata; es liege kein Verstoß gegen das Gesetz vor. Graf Luxburg spricht gegen die Argumentation des Abg. Schels. Abg. Fischer (Augsburg) schenkt der Regierung in Unterfranken mehr Vertrauen, als Hrn. Schels und seinen Kartenstudien; dieselbe Partei, die heute über Rechtsverweigerung und Wahlbeeinflussung spricht, hat noch vor wenigen Monaten den Eintritt Bayerns in den deutschen Bund zu verhindern gesucht. (Hört Hört!) Er plaidirt für die Giltigkeit der Wahl. Abg. Greil. Der Vorredner hat so maßlose Angriffe gegen uns gerichtet, wie ich es in diesem Hause für unmöglich gehalten habe (Unruhe). Ich werde es beweisen. In ganz Bayern ist noch nie verlangt worden, daß dem Clerus bei den Wahlen ein Vorrang eingeräumt worden ist. Die Ministerien sind seit dem Jahre 1848 nie clerical gewesen. Ich bin in einem Wahlkreise gewählt, wo die Bildung am wenigsten zu Hause ist: („Heiterkeit) und doch 192 Bezirke gebildet werden konnten. Er plaidirt für Ungültigkeit der Wahl. Bei der Abstimmung wird die Wahl für ungültig erklärt. — Die Wahl des Abg. Kratz (Gladbach) wird beanstandet. — Gegen die Wahl des Abg. Aug. Reichensperger (Crefeld) ist ein Protest eingegangen wegen Beeinflussung der Wahlfreiheit durch die Geistlichkeit. Entgegen dem Antrag der Abtheilung beantragen die Abgg. Duncker und Kanngießer, die Wahl zu beanstanden, nach Empfehlung des Referenten wird indeß die Vertagung beschlossen. Schluß der Sitzung 4 Uhr, nächste Sitzung morgen 11 Uhr.

Deutschland.

Berlin, den 18. April. Die deutschen Truppen vor Paris. Am 15. d. Mts. lief der Termin ab, welchen der Reichskanzler den Versaillern zur Niederwerfung der Revolution gestellt hatte. Man meint, daß Favre deshalb zu Fabrice gereist sei, um eine Verlängerung dieses Termins zu erbitten und daß diesem Begehren auch nachgegeben sei. Inzwischen aber ist es wohl zu bemerken, daß die deutschen Truppen auf der Nordseite von Paris bis auf zweihundert Metres an die Umwallungsmauer der Stadt vorgeschoben wurden und daß General Werder im deutschen Hauptquartier zu St. Denis eingetroffen sein soll. Das deutet darauf hin, daß man sich bereit hält, Paris gegenüber aus der Neutralität herauszutreten und eventuell zu einem energischen Bombardement zu schreiten. Doch hat man in diesen Maßregeln wohl nur die Vorsicht anzuerkennen, mit welcher die deutsche Heerführung sich nicht allein für den äußersten Fall rüstet, sondern auch ihren Vorstellungen in Versailles Nachdruck geben will. Unsere Truppen exerciren heute noch ruhig auf den Höhen um St. Denis und sehen den wüthenden Kämpfen zu, welche die Franzosen einander unten auf der Seine-Halbinsel liefern. Man rechnet hier nach wie vor fest darauf, daß es Mac Mahon gelingen werde, die Emeute niederzuwerfen und als Sieger in die Hauptstadt einzuziehen. Für wen er dieselbe erobert, das allerdings ist eine andere Frage. Sobald dies aber geschehen, soll der Rückmarsch unserer Truppen sofort erfolgen, so daß man noch für den Mai auf deren Heimkehr rechnen kann.

— Den **Kriegsgefangenen**, die wegen Excesse, deren Urheber nicht ermittelt werden konnten, zu Festungsstrafe verurtheilt worden waren, ist auf kaiserliche Ordre Pardon gegeben worden. Auch mehre wegen Desertionsversuche in Festungen internirte französische Offiziere sind pardonnirt worden und haben die Erlaubniß erhalten, nach Frankreich zurückzukehren.

— Das Kriegsministerium hat bestimmt, daß alle im Laufe des Krieges in Verwahrsam der Commandobehörden, Truppentheile und Administrationen gelangten fremden Waffen, gleichviel ob sie für den dienstlichen Gebrauch von den Schlachtfeldern entnommen sind, oder als Privatbesitz angesehen werden, als Kriegsbeute und demnach in das Staatseigenthum gehörig, in das Artilleriedepot abzuliefern sind.

— Nach einer k. Cabinetsordre vom 2. April soll die Corvette „Victoria" nicht in Dienst und die Corvette „Arcona" außer Dienst gestellt werden, dagegen ist behufs Wahrnehmung der deutschen Interessen in den westindischen Gewässern die Corvette „Gazelle" in Dienst zu stellen. Die Corvette „Medusa" und das aus den westindischen Gewässern zurückzurufende Kanonenboot „Meteor" sind außer Dienst, dagegen an Stelle der „Medusa" die Corvette „Nymphe" ferner die Corvette „Vineta" als Kadettenschiff und die Briggs „Musquito" und „Undine" zur Ausbildung der Schiffsjungen in Dienst zu stellen.

— Französische Kriegsgefangene, die im Elsaß oder in Deutsch-Lothringen heimathberechtigt sind, haben die Absicht kundgegeben, nicht nach Frankreich zurückzukehren, wenn sie Aussicht hätten, in die deutsche Armee oder auch in den Civildienst aufgenommen zu werden. Es war von vornherein anzunehmen, daß die deutsche Regierung solchen Wünschen gegenüber keine ungünstige Haltung einnehmen, vielmehr die Erfüllung derselben nach Möglichkeit erleichtern werde. Diese Voraussetzung ist denn jetzt auch durch ein Rescript des Kriegsministeriums an die stellvertretenden Generalcommandos und das Commando der immobilen Gardetruppen vom 1. April d. J. bestätigt worden. Es werden hiernach, wie die „Straßb. Ztg." meldet, die Truppentheile angewiesen, solchen Gesuchen um Aufnahme in die deutsche Armee, soweit es das militärische Interesse gestattet, allen Vorschub zu leisten und etwaige Anträge im Civilstaatsdienst in den neuerworbenen Gebieten dem kaiserlichen Civilcommissar im Elsaß, Herrn Regierungspräsidenten v. Kühlwetter, zur Prüfung resp. Bescheidung zu überweisen. Die jetzigen Zustände Frankreichs machen es gewiß höchst wahrscheinlich, daß viele Kriegsgefangene aus Elsaß-Lothringen, statt jenseits der Vogesen ihr Glück zu versuchen, dieses wohlwollende Entgegenkommen der deutschen Regierung benutzen werden. Von deutscher Seite aber giebt man einen neuen Beweis der vertrauensvollen Bereitwilligkeit, die Elsässer in allen Stücken als vollberechtigte Deutsche zu behandeln, sobald sie selbst ihre neue Lage offen und ehrlich annehmen.

— Die „**Hochschule** für Wissenschaft des Judenthums", ein lediglich aus Privatmitteln gegründetes Institut, wird Ende October d. J. hier in Berlin eröffnet. Das Curatorium errichtet vorerst drei Lehrstühle, welche an den Universitäten nicht vorhanden sind.

— Dem **Bundesrath** ist vom Präsidium eine kaiserliche Verordnung, betreffend die Cautionen der bei der Militär- und Marine-Verwaltng angestellten Beamten zugegangen, welche im wesentlichen der hinsichtlich der Post- Telegraphen- und Eichungsbeamten erlassenen Verordnung vom 29. Juni 1869 nachgebildet ist. Die Cautionen stellen sich von 6000 Thlr. bis abwärts auf 300 Thlr.

— Der **Erzbischof von München-Freising** soll beabsichtigen, sein hohes Kirchenamt niederzulegen. An einen so eclatanten Triumph Döllingers ist indessen wohl noch nicht zu glauben.

— Die **in Anlaß des Krieges** eingezogenen Seezeichen sind mit wenigen Ausnahmen nunmehr wieder ausgelegt. Ebenso sind sämmtliche Leuchtfeuer in Stand gesetzt worden und werden ihr Licht wieder zeigen.

— **Aus Darmstadt** sind mehrere Militärs hier, um wegen der Neuformation der hessischen Division zu verhandeln. Die letztere, welche als die 25. Division der Reichsarmee bestehen bleibt, und die 3. Division des 11. Armeecorps bildet, wird fortan aus 3 Infanterie-Regimentern à 3 Bataillonen, welche die Nummern 97, 98, und 99 führen, 1 Jägerbataillon (No 15), 2 Cavallerieregimentern, 4 Batterien Artillerie und 2 Pioniercompagnien bestehen.

— Dem **Militair-Pensionsgesetz** des deutschen Reichs sind eine Reihe von Anlagen beigefügt, welche Vergleichungen enthalten, zwischen den Pensionssätzen nach dem neuen Entwurfe und nach dem Reglement von 1825. Es ergiebt sich darnach in dem neuen Entwurf eine Totalerhöhung von 17 Procent im Vergleiche zu den bisherigen Sätzen und wenn man annimmt, daß die Zahl der im Feldzuge von 1870–71 gegen Frankreich gebliebenen und verwundeten Unteroffiziere und Soldaten für das gesammte deutsche Heer etwa 120,000 Mann beträgt, so würde unter Zugrundelegung der Erfahrungen des Feldzuges von 1866 der Jahresbetrag an Pensionen und Unterstützungen für die Unterclassen nach den bisherigen Sätzen auf 8,261,000 Thlr nach den neu aufgestellten Sätzen aber auf 9,666,000 Thlr. zu veranschlagen sein.

— **Feldmarschall Herwarth v. Bittenfeld** ist bereits zum Gouverneur von Berlin designirt.

— Der **Kaiser** hat am 11. April „im Hinblick auf die glorreiche Führung des beendigten Krieges und auf die bewiesene Tapferkeit der Armee" ausnahmsweise genehmigt, daß den in französische Kriegsgefangenschaft gerathenen Offizieren und Beamten, bei vorwurfsfreiem Benehmen derselben das vor der Gefangennahme zuständig gewesene Gehalt gewährt werde. Ebenso darf denjenigen Mannschaften, welche unverschuldet in Kriegsgefangenschaft geriethen, für die Zeit der Gefangenschaft die chargenmäßige Löhnung bewilligt werden. Was den Gefangenen etwa von den französischen Behörden zu Theil geworden, wird nicht in Anrechnung gebracht, der Bezug einer Feldzulage neben dem Gehalt für die Dauer der Gefangenschaft ist indeß unzulässig.

— Dem **Generalpostamt** ist die Ordre zugegangen, die Wiederabsendung von Feldpostpacketen an die noch in Frankreich befindlichen Truppen in kürzester Zeit zu ermöglichen.

— Der **Bundesrath** hat in seiner Sitzung vom 17. d. M. beschlossen: 1.) für diejenigen während des Krieges mit Frankreich von den Gemeinden gestellten Fuhrwerke, welche auf unbestimmte Entfernungen, resp. für das unbestimmte Dauer requirirt worden sind, ist eine für Pferd tageweise für die ganze Dauer der Abwesenheit des Fuhrwerks vom Gestellungsorte zu berechnende Entschädigung von 1 Thlr. 10 Sgr. pro Pferd und Tag des einspännigen Fuhrwerks, mit 1 Thlr. Zulage pro Tag für jedes weitere Pferd bei mehrspannigem Fuhrwerke zu gewähren; 2.) den Eigenthümern requirirter Gespanne und sonstiger Transportmittel, welche der mobilen Armee haben folgen müssen ist für Verluste und Beschädigungen, welche sie unverschuldet an Pferden, Wagen und Geschirren erlitten haben, sowie für außergewöhnliche Abnutzung der Transportmittel und für Cur- und Verpflegungskosten erkrankter Pferde aus Bundesmitteln Ersatz zu leisten. Die Höhe der Entschädigung ist auf Grund sachverständiger Gutachten zu bemessen.

— **Statthalter.** An hervorragender Stelle bringt das „Frankfurter Intelligenzblatt" folgende offiziöse Mittheilung: „In gewöhnlich gut unterrichteten Kreisen ist die Nachricht verbreitet, daß mehre der neu erworbenen Provinzen namentlich Elsaß und Lothringen, „Statthalter" erhalten werden. Auch für die Provinz Hessen-Nassau bezeichnet man einen solchen. Wie weiter verlautet, würde derselbe eventuell seine Residenz in Kassel oder Frankfurt nehmen und einen eignen Hofstaat um sich versammeln. Ob sich die Sache wirklich realisirt, bleibt abzuwarten.

— Die **clerikale Centrumsfraction** zählt 57 Mitglieder, während die Gesammtzahl der katholischen Mitglieder des Reichstages sich auf 125 beläuft.

Ausland.

Oesterreich. Im diesseitigen Oesterreich ist zur großen Ueberraschung der deutschen Opposition und Verfassungspartei eine Wendung eingetreten, die von großer Bedeutung werden kann. Was die Deutschen des Abgeordnetenhauses den Polen Galiziens bisher ohne Erfolg anboten, nämlich eine constitutionelle Verständigung, — was der Vorgänger Hohenwart's, der Graf Potocki, vergeblich mit seinen eigenen Landsleuten zu erreichen suchte, nämlich einen Ausgleich, scheint jetzt zur Wirklichkeit zu werden. Die „Wiener Ztg." bringt nämlich an der Spitze ihres amtlichen Theils das Handschreiben, in welchem der Kaiser (aus Meran, den 11. April) Herrn v. Grocholski zum Minister ohne Portefeuille ernennt Dieser polnische Edelmann wird nun als Mittelsmann zwischen dem Ministerium und den Reichsrathsabgeordneten aus Galizien fungiren und den „Ausgleich" mit den Polen wahrscheinlich zu Stande bringen. Es ist nämlich wohl anzunehmen, daß Herr von Grocholski, bevor er seine Bereitwilligkeit erklärt hat, ins Ministerium zu treten, sich sowohl über die Intentionen des Grafen Hohenwart, als über die Stimmung seiner Compatrioten orientirt hat. Herr v. Grocholski wäre sicher nicht Minister geworden, wenn er noch ernste und brechtigte Zweifel in das Gelingen des Ausgleichswerkes setzen müßte. Offenbar ist er mit dem Actionsplan der Regierung einverstanden und hat es auf sich genommen, das Maß der beabsichtigten Gewährungen den Polen plausibel zu machen. Dabei dürfen wir nicht vergessen, daß Grocholski Resolutionist ist und ehemals mit Ziemialkowski die Führung der Resolutionisten übernommen hatte. Im österreichischen Verfassungsleben spielt er schon seit dem Jahre 1861 eine Rolle. Das Vertrauen seiner Landsleute kommt ihm in seltenem Grade entgegen und dieser Umstand erhöht noch die

Bedeutung seiner Ernennung zum Minister. Hr. v. Grocholski ist zwar durch und durch Pole, aber er weiß sich auch zu mäßigen und mit Klugheit den Verhältnissen Rechnung zu tragen. Er wird auch jetzt den Boden der Resolution kaum verlassen; aber dennoch nicht zögern nachzugeben, wenn durch das Gegentheil das Wesen und der Kern der Decemberverfassung auf das Spiel gesetzt werden könnte. Jedenfalls sieht sich die Opposition des Reichsrathes durch die Ernennung Grocholski's einer vollbrachten Thatsache gegenüber, die das Ministerium Hohenwart wesentlich stärkt und die Machtverhältnisse im Hause vor dem Schottenthore von Grund aus verrückt. Dr. Casimir Ritter v. Grocholski ist Gutsbesitzer zu Rozyska in Galizien. Er dürfte das fünfzigste Lebensjahr überschritten haben. Nächst Ziemialkowski, der dem gegenwärten Abgeordnetenhause nicht angehört, dürfte er der Meistbefähigte unter den galizischen Politikern sein, wenn er auch nicht der deutschen Sprache völlig mächtig ist u. deshalb in seinen Reden öfters stockt. Seit dem Jahre 1861 gehört er, mit geringen Unterbrechungen, dem Abgeordnetenhause an; seit der vorigen Session ist er Obmann des galizischen Landtagsclubs und darf als Führer der lemberger Fraction — im Gegensatze zu den krakauer Hyper-Ultramontanen — betrachtet werden.

Frankreich. Aus einer Schilderung der Times über die zeitigen Zustände in Paris entnehmen wir folgende Stelle: In allen Klassen, die bewaffnete Democratie ausgenommen, herrscht tiefe Entmuthigung. Direkte Gewaltthaten der Commune und communistische Excesse fürchtet man nicht grade; nur wenige dürften glauben, daß Paris am Vorabend einer allgeminen Confiscation steht und die Guillotine wieder ihr blutiges Handwerk im Großen treiben wird. Was die Pariser mit tiefster Sorge erfüllt, ist die nur zu wohlbegründete Furcht vor finanziellem Ruin. Seit beinahe einem Monat ist man unter dem Scepter Bellevilles und doch ist kaum eine Spur (?) von socialistischer Spoliation vorhanden. Die ärmsten u. schlechtgenährtesten Nationalgarden gehen bei einem Juwelierladen vorüber, ohne daß man auch nur einen Schatten von Begehrlichkeit in ihren Augen ertappt. Die Bourgeoisie würde sich übrigens vielleicht gern eine Plünderung von 24 Stunben gefallen lassen, wenn dadurch für Stadt und Land der frühere Zustand zurückgekauft werden könnte. Der Verlust des momentanen Besitzes wäre gering im Vergleiche mit dem Ruin, den die Einstellung aller Gewerbthätigkeit und die totale Dislocation des ganzen Besitzstandes im Gefolge haben muß. Die Läden sind offen, aber die Käufer bleiben aus, denn niemand hat Geld. Die Zahl der Pariser, die noch etwas übrig haben, wenn sie für die unentbehrlichsten Lebensbedürfnisse gesorgt, ist sehr gering. Leben müssen sie, und die Bäcker, Schlächter und kleinen Restaurants machen leidliche Geschäfte, aber auch sie leiden doch durch die Flucht eines so großen Theiles der wohlhabenderen Bevölkerung. Nur getrunken wird viel, vielleicht nie so viel wie jetzt, aber natürlich auf Kosten anderer Dinge. So schlecht gekleidet, so disreputabel wie jetzt hat man das Pariser Volk nie gesehen. Die Stadt geht in der That einer düsteren Zukunft entgegen. Die arbeitenden Classen sind in Folge der Belagerung schwer demoralisirt. Das sagen nicht allein die Reichen, die Arbeitgeber, auch die ernstesten Republikaner leugnen es nicht. Wenn das Verlangen, auch fernerhin für 30 Sous täglich faullenzen zu können, nicht alleinige Ursache des Pariser Aufstandes sein mag, so haben doch die durch den Belagerungszustand erzeugten militairischen Instinkte die Propaganda für die Commune entschieden gefördert und sie bilden jetzt das Haupthinderniß des Friedens. Man braucht nur fünf Minuten solch einen Nationalgardisten anzusehen oder mit ihm zu plaudern, und man findet, daß er sich keine bessere Lage denken kann als die jetzige. Darum wird es auch keinem einfallen, einen Ausgleich mit Versailles zu fordern. Die Pacifikatoren sind ihm vielmehr in tiefster Seele verhaßt. Der Bürgerkrieg giebt ihm ja Alles, wonach sein Herz verlangt. Er bekommt zu leben, kann den ganzen Tag bummeln, schwatzen und bei der Flasche mit freier Zeche fraternisiren; er kann in seiner Uniform und mit seinem Chassepot sich wichtig machen, jeden bei seinem Posten Vorübergehenden anhalten und dem Bourgeois zeigen, welch verächtliche Creatur er ist. Die Lust daran greift immer mehr um sich, sie hat auch den sonst fleißigen Arbeiter gepackt. Ein buntscheckigeres Corps als die Pariser Nationalgarde giebt es nicht. Natürlich enthält sie viele respectable Elemente, aber auch das ganze männliche Gesindel führt jetzt Waffen. Eine widerwärtigere Sorte von Menschen giebt es nirgends. Mehr oder weniger sind sie stets angetrunken, vollkommen nüchtern sind sie vielleicht seit dem 18. März nicht gewesen. Sie können sehr gefährlich werden, wenn sie sich auch jetzt noch meist von ihren Officieren und Cameraden im Zaum halten lassen. Kaum können sie anders als durch Elend u. Erschöpfung gebeugt werden, und welche Prüfungen mögen Frankreich bis dahin noch bevorstehen!

Schweiz. Zürich, 14. April. Von den wegen der in der Tonhalle begangenen Excesse vor ein Kriegsgericht Gestellten hat das letztere die Angeklagten Didier, Raimond, Poirel und Peyre zu je drei Monaten Gefängniß und in die Kosten verurtheilt. Das Erkenntniß bestimmt ferner, daß dieselben dem verwundeten Riedel 3000 Frcs, dem Besitzer der Tonhalle 700 Frcs. und für die in der Wirthschaft begangenen Beschädigungen 100 Frcs. als Entschädigung zu zahlen haben, die übrigen Angeklagten wurden wegen mangelnden Beweises freigesprochen.

Italien. Große Sorge — so schreibt der Berichterstatter der „Pall Mall Gazette" in Rom — empfindet man im Vatican bezüglich des Kampfes in Frankreich, obschon der innere Cirkel glaubt, daß das Ringen in der Niederlage der Commune und der Wiederherstellung der Monarchie enden werde. Da der römische Hof seine Mittheilungen von Leuten erhält, welche durchaus mit der Lage des Landes vertraut sind und die Strömung der öffentlichen Meinung zu beurtheilen verstehen, so mag dieser Schluß eine richtige Beurtheilung der augenblicklichen Verhältnisse darstellen. Den Papst macht die Ungewißheit über den Ausgang der Dinge in Frankreich sowohl wie seine eigene unbestimmte Situation sehr unruhig. Vor einigen Tagen bemerkte er einem Besucher hierüber unter Anderem Folgendes: Viele rathen mir, Rom zu verlassen, aber wohin soll ich mich wenden? Es ist keine unter den katholischen Mächten, die nicht nach einiger Zeit meine Gegenwart als eine Quelle von Verlegenheiten ansehen würde, so daß ich von Land zu Land wandern müßte, und es ist schwer für einen alten Mann, sich zu einem Wanderleben zu entschließen.

Polen. Der Kleiderordnungs-Ukas für die russischen Juden, der in jüngster Zeit so viel von sich reden machte, wurde — wie man einem polnischen Blatte aus der Umgebung von Lublin schreibt — sistirt. Mehrere Warschauer Bankherren reichten nämlich Gesuche um Emigrations-Pässe ein. Als Graf Berg darob erstaunt stutzte, erklärten ihm dieselben unumwunden, daß sie nicht gewillt seien, von den Sbirren der Polizei stets chicanirt zu werden, dergleichen aber eine unumgängliche Folge des besagten Ukas ist. Der Graf-Statthalter befahl hieranf mit der Durchführung der Regierungsmaßregel vorläufig einzuhalten, legte den Beschwerdeführern ans Herz, nur geduldig zu sein, und berichtete sofort die ganze Sache, welche übrigens des komischen Beigeschmackes nicht entbehrt, an den Kaiser aller Reussen nach Petersburg.

— Mit dem 13. April hat das bisher mit fast unumschränkter Macht im Königreich Polen waltende Organisations-Comitee zu functioniren aufgehört. In dem vom 5. April datirten Ukas, der die Auflösung dieser Centralbehörde anordnet, wird den Mitgliedern der kaiserliche Dank für ihre treue Pflichterfüllung ausgesprochen und zugleich bestimmt, daß alle das Königreich Polen betreffende Angelegenheit unter die unmittelbare Verwaltung der Ministerien in Petersburg übergehen mit alleiniger Ausnahme des Gerichtswesens, das bis zur Durchführung der Justiz-Reorganisation der Canzlei des Statthalters untergeordnet werden soll.

Rußland. Der in Petersburg erscheinende liberale „Sowrem. Izw." hat wenig Vertrauen zu den Fortschrittsbestrebungen, welche in letzter Zeit in Rußland auf den verschiedensten Gebieten unverkennbar hervorgetreten sind. „Auch heute noch — schreibt das Blatt — hat das bekannte Wort Napoleons I.: „Man kratze nur den Russen und der Tatar wird zum Vorschein kommen" seine vollkommene Berechtigung. Wir schreien aus voller Kehle nach Bildung und streiten uns wüthend um die verschiedenen Erziehungssysteme. Welcher Eifer! welche Regsamkeit! welches Interesse für das allgemeine Wohl! ruft vielleicht mancher aus, der die Sache äußerlich ansieht. Aber dies Alles ist nur Täuschung; man kratze nur ein wenig und man wird sich überzeugen. Nehmen wir an, alle Universitäten, Gymnasien und Schulen werden geschlossen, die Regierung kehrt zurück zum alten System, wenn auch Iwans des Grausamen, und suspendirt alle öffentlichen Blätter und Zeitschriften: was wird die Folge davon sein? Alle Bücher werden sofort dem Feuer überliefert werden und Niemand wird sie vermissen, außer einer kleinen Schaar von Auserwählten aus einem Volke von 60 Millionen. Wenn nur die öffentlichen Aemter bleiben und die Protectionen und Connexionen bei Hofe, die den Schmarotzern allein ein Anrecht auf dieselben geben, alles Uebrige ist gleichgiltig und hat für den echten Russen wenig Werth. Wie oft hören wir in altrussischen Kreisen den frommen Wunsch aussprechen, daß doch allen denen, welche reden und schreiben können, der Mund gestopft und die Hände gebunden werden möchten, damit sie die Ordnung nicht stören und nicht Grundsätze verbreiten können, welche den altrussischen Lebensanschauungen schnurstraks entgegengesetzt sind! Darum gilt auch heute noch das Wort: Man kratze nur den Russen und sofort wird der Tartar zum Vorschein kommen."

Türkei. Zu einer großartigen Befestigung Constantinopels wird beabsichtigt, die europäische und die asiatische Küste mit detachirten Forts zu versehen, eine Eisenbahn soll die Verbindung zwischen diesen Forts herstellen. — Die Ankunft eines päpstlichen Legaten in Constantinopel läßt die Differenzen zwischen der Pforte und dem heiligen Stuhl wieder in den Vordergrund treten. Der Legat soll vor Allem das Recht des heiligen Stuhles verfechten, in der Türkei römische Bischöfe und Patriarchen einzusetzen, ein Recht, dessen Ausübung die Pforte fortan Einschränkungen unterwerfen will. Bisher führte Frankreich die Sache der römischen Katholiken in der Türkei, über welche es gewissermaßen ein Protectorat ausübte, u. ist diese vom heiligen Stuhle direct eröffnete Verwandlung daher nicht ohne innere Bedeutung.

Provinzielles.

Danzig. Das öffentliche Leben, soweit es sich in Vereinen, Versammlungen, öffentlichen Veranstaltungen bemerklich macht, tritt bereits in das stille Sommerstadium, auch das Wintertheater ist heute geschlossen und das Sommertheater wird seine Hallen garnicht mehr öffnen. Es soll demnächst nur noch als eine Merkwürdigkeit den uns besuchenden Fremden gezeigt werden. — Die politischen Parteien haben sich einige Wochen in den öffentlichen Blättern herumgezankt, ob Hr. Regierungspräsident v. Diest oder der liberale Thomsen-Jeseritz der geeignete Mann sei, den von Elbing-Marienburg unserem Landkreise vor der Nase weggeschnappten Hrn. v. Brauchitsch zu ersetzen, auch die polnischen und die päpstlichen Katholiken konnten sich nicht einigen und führten jeder einen eigenen Candidaten (natürlich zwei Geistliche) ins Feld. Schließlich hat Hr. v. Diest, was ja bei den landrathstreuen Wählern des Landkreises nicht verwundern kann, sie alle in die Pfanne gehauen. Er ist mit einer Majorität von 2600 gegen zusammen kaum 2000 Stimmen erwählt worden.

Elbing. Die Elbinger Actien-Fabrik für Eisenbahnmaterial soll nach einer durch alle Berliner Zeitungen laufenden Mittheilung sehr bedeutende Aufträge auf Eisenbahnwagen haben, so daß auch die bereits in nächster Zeit herzustellende größere Leistungsfähigkeit vollkommen in Anspruch genommen werden würde. Diese Notiz hat augenscheinlich den Zweck, den wesentlich erhöhten Cours zu motiviren und dem Absatz des muthmaßlich bisher noch unbegeben gebliebenen Theiles der Actien zu diesem Preise zu Hilfe zu kommen. Wir möchten indeß vorläufig nicht anrathen, so sehr wir das Unternehmen seiner Zeit befürworteten und von der Tüchtigkeit der Leiter und den guten Leistungen der renommirten Fabrik überzeugt sind, schon jetzt einen Cours wesentlich über pari anzulegen, da eine entsprechende Dividende wohl kaum schon im ersten Jahre zur Vertheilung gelangen kann, indem zuerst die gewiß recht bedeutenden Gründungskosten vollständig abgeschrieben werden müssen. Auch ist der Erwerbspreis des Etablissements, von dessen Höhe die Dividende nicht unwesentlich beeinflußt ist, noch unbekannt, und da erst der erste Rechenschaftsbericht hierüber Auskunf geben wird, so dürfte es rathsam sein, bis dahin etwas rückhaltend zu bleiben, zumal hiesige Actionäre ihren Besitz schwerlich auf einer Generalversammlung, welche in Berlin, dem Sitze des Aufsichtsrathes, abgehalten wird, zu vertreten Gelegenheit haben.

Locales.

— **Zum Salzhandel nach Polen.** Vom diesseitigen Kaufmann Herrn W., welchem am 22. Juli v. J. 210 Sack Viehsalz auf der Grenz-Zollkammer zu Poln. Leibitsch konfiscirt wurden und der sich dieserhalb an den Herrn Bundeskanzler Beschwerde führend und Hilfe suchend wandte, wird uns mitgetheilt, daß nach einem ihm im Auftrage des Herrn Bundeskanzlers gewordenen Bescheide, daß der Norddeutsche Bundesgesandte in St. Petersburg mit entsprechender Verwendung in gedachter Sache beauftragt ist und der Gesuchsteller seiner Zeit über den Erfolg Nachricht erhalten wird. Ferner heißt es in dem Bescheide, „daß die Kaiserlich Russische Regierung aus einer ähnlichen Beschwerde neuerdings Veranlassung zu einer allgemeinen Erörterung der Frage wegen Behandlung von Vieh- u. Dung-Salz genommen und die Sache gegenwärtig dem Reichsrathe zur Prüfung vorgelegt hat, so daß eine Entscheidung sobald noch nicht zu erwarten steht."

— **Zum Besten der Thorner Niederung** fand in Marienwerder am 15. d. M. eine Vorlesung statt. Der Ertrag derselben war 113 Thaler. Dieselben sind an das Thorner Unterstützungs-Comitee (Herrn Pfarrer Lambeck) abgesandt.

— **Ostbahn.** Das Amtsblatt enthält eine Verfügung der Direction der Ostbahn, wodurch fortan nur noch Rindvieh, Schafe, Schweine, Ziegen, sowie alle vom Rinde stammenden thierischen Theile, sowohl im frischen als trocknem Zustande (mit Ausnahme von Milch, Butter und Käse), ferner ungeschmolzenes Talg, unbearbeitete, beziehnngsweise keiner Fabrikwäsche unterworfene Wolle und Lumpen, sofern letztere nicht in Säcken verpackt sind, von der Einfuhr aus Rußland, „via Eydtkuhnen" ausgeschlossen bleiben, dagegen alle übrigen Beschränkungen aufgehoben werden.

— **Kirchliches.** Das Königliche Oberpräsidium macht bekannt, daß mit Allerhöchster Genehmigung zur Bestreitung der dringendsten Nothstände der evangelischen Landeskirche in sämmtlichen Provinzen zwischen Ostern und Pfingsten eine Hauscollekte unter den evangelischen Bewohnern abgehalten werden soll.

— **Das Schullehrer-Wittwen-Pensions-Gesetz** hat rückwirkende Kraft und kommen in Folge dessen eine respektable Anzahl Wittwen der früher definitiv angestellten Lehrer in eine etwas günstigere Lage. Es werden von den Behörden diesen Wittwen jetzt überall Anweisungen auf Erhebung der Wittwen-Pension von 50 Thlr. pro anno, pränumerando vom 1 Januar 1871 in halbjährlichen Raten zahlbar, ertheilt und dadurch mancher Kummer gestillt.

— **Postverkehr.** Die Handelskammer ist den gerechtfertigten Wünschen des Publikums über die räumliche Erweiterung des Expeditions-Bureaus im hiesigen Postamtsgebäude, sowie über die Vermehrung des in demselben expedirenden Beamten-Personals Ausdruck verleihend und Abhilfe bei den betreffenden Behörden beantragend, gutem Vernehmen nach in dieser Angelegenheit nun auch beim General-Postamte vorstellig geworden. Möchte dieser Schritt der Handelskammer zur Beseitigung eines Uebelstandes von einem günstigen Erfolge begleitet sein. Es giebt wohl im Preußischen Staate in einem Handelsplatze von der Größe Thorn's kein Postamts-Gebäude wie das hiesige; womit nur gesagt sein soll, ein Postamtsgebäude, das so wenig dem Umfange des hiesigen Verkehrs entspricht. Das hiesige postfiskalische Grundstück ist, was seine räumliche Ausdehnung und seine Baulichkeiten anlangt, eins der stattlichsten in der Stadt, allein seine innere Einrichtung ist erfolgt nach Maßgabe

der Verkehrsverhältnisse, wie sie vor 50 Jahren waren, wo Thorn c. 9000 Einwohner zählte, und nicht denen von heute, wo Thorn ca. 19,000 Einwohner zählt und bereits an einer frequenten Eisenbahnstraße liegt und bald den Knotenpunkt zweier solcher Straßen bilden wird. Postfiskalischerseits ist der in Rede stehende Uebelstand anerkannt und sind behufs Beseitigung desselben bereits seit Jahren Anschläge zur Erweiterung vorgedachter Bureaus gefertigt und bauamtlich revidirt, allein die Ausführung des Bauprojects ist bis jetzt noch nicht erfolgt. Fehlte es an Geld? — Wohl möglich, — allein dieser Behinderungs-Moment fällt heute fort, wo die Staatsfinanzen i. J. 1870 einen Ueberschuß von 7 Mill. gewährt haben. Dieser Umstand läßt uns hoffen, daß die Handelskammer auch in diesem Falle nicht erfolglos vorgegangen sein werde.

— **Zur Reichstagswahl** im Wahlbezirke Thorn-Culm. Die „Gaz. Torun." notificirt, daß am 16. d. Mts. im Saale des Schützenhauses eine Versammlung von polnischen Wahlberechtigten aus Stadt und Umgegend statthatte. Da Herr Pfarrer Maranski die Kandidatur absolut abgelehnt hat, so wurde Hr. v. Slaski-Trzebcz, bereits Mitglied des Herrenhauses und Vicepräses des parlamentarischen polnischen Klubs in Berlin, als Kandidat aufgestellt und mit lebhafter Zustimmung angenommen. Der „Gr. Ges." meldet: In Culmsee findet am 24. d. Mts. eine „Polenversammlung" behufs Aufstellung eines Reichstags-Candidaten statt, da Pfarrer Maranski eine Wiederwahl abgelehnt hat. Die Polen glauben auch diesmal ihres Wahlsieges gewiß zu sein.

— **Eine seltene Erscheinung** bietet sich jetzt an unbewölkten Abenden vom Sonnensinken an bis weit in die Nachtstunden hinein am Firmamente dar. Als Abendstern der Sonne in weitem Abstande folgend, strahlt zunächst die Venus im hellsten Glanze. In fast gerader Linie aufblickend, begegnen wir bald dem bläulichen Jupiter und weiter nach Osten dem goldrothen Mars, sämmtlich in stillem planetarem Scheine, während gegen Südosten hin, mit den ersten beiden ein Dreieck bildend, der intensiv blaue Sirius als Fixstern funkelt und das herrliche Gesammtsternbild des Orion sich zwischen die 3 großen Leuchtpunkte hineingruppirt. Die vier bezeichneten Gestirne sind auch von keinem Laienauge zu verfehlen. Zwischen 7 und 8 Uhr ist der Anblick am günstigsten. Wie der Mond jetzt nicht mehr das Sternenlicht schwächt, so ist da auch die Tageshelle schon genugsam geschwunden, und alle vier Sterne stehen noch so, daß wir sie zusammen übersehen können. Jahrzehnte werden vergehen, ehe die genannten drei Planeten sich wieder so schön und in solcher Lichtstärke zu einander gesellen. Die übrigen Planeten unseres Sonnensystems sind, den Saturn etwa abgerechnet, zu klein oder zu entfernt, um dem unbewaffneten Auge überhaupt imponiren zu können.

— **Lotterie.** Bei der am 17. d. fortgesetzten Ziehung der 4. Klasse 143. Preuß. Klassen-Lotterie fiel 1 Hauptgewinn von 30,000 Thlr. auf Nr. 11,401. 4 Gewinne von 2000 Thlr. auf Nr. 35,216, 64,947, 84,959 und 92,682.

Börsen-Bericht.

Berlin, den 18. April cr.

Fonds:	fest.
Russ. Banknoten	$79\frac{1}{4}$
Warschau 8 Tage	79
Poln. Pfandbriefe 4%	$70\frac{1}{8}$
Westpreuß. do. 4%	$82\frac{1}{8}$
Posener do. neue 4%	$86\frac{3}{8}$
Amerikaner	$97\frac{3}{4}$
Oesterr. Banknoten 4%	$81\frac{3}{4}$
Italiener	$54\frac{3}{4}$
Weizen:	
April	79
Roggen:	stiller.
loco	$51\frac{1}{2}$
April-Mai	$51\frac{1}{8}$
Mai-Juni	$52\frac{3}{8}$
Juni-Juli	$52\frac{3}{8}$
Rüböl: loco 100 Kilogramm	$25\frac{19}{24}$
pro Herbst do.	$25\frac{1}{4}$
Spiritus	still.
loco pro 10,000 Litre	16. 8.
pro Juni-Juli	16. 28.

Getreide-Markt.

Thorn, den 19. April. (Georg Hirschfeld.)

Wetter: heiter. Mittags 12 Uhr 6 Grad Wärme.

Bei sehr geringem Angebot Preise nominell.

Weizen bunt 126—130 Pfd. 70—73 Thlr., hellbunt 126—130 Pfd. 75—78 Thlr., hochbunt 126—132 Pfd. 78—80 Thlr. pr. 2125 Pfd.

Roggen 120—125 Pfd. $44\frac{1}{2}$—$46\frac{1}{2}$ Thlr. pro 2000 Pfd.

Erbsen, Futterwaare 41—44 Thlr., Kochwaare 46—50 Thlr. pro 2250 Pfd.

Spiritus pro 120 Qrt. à 80% $17\frac{1}{4}$—$17\frac{1}{2}$ Thlr.

Russische Banknoten $79\frac{1}{2}$, der Rubel 26 Sgr. 6 Pfg.

Danzig, den 18 April. Bahnpreise.

Weizenmarkt: Billiger bezahlt. Zu notiren: ordinär-rothbunt, bunt, schön rothbunt, hell- und hochbunt, 116—131 Pfd. von 63—80 Thlr., sehr schön glasig und weiß 81—84 Thlr. pro 2000 Pfd.

Roggen ebenfalls billiger, 120—125 Pfund 48—$51\frac{1}{2}$ Thaler pro 2000 Pfund.

Gerste kleine 101—108 Pfd. nach Qualität von 42—44 Thlr., große 105—114 Pfd. nach Qualität von 44—48 Thlr. pro 2000 Pfd.

Erbsen, matt, nach Qualität für ordinäre und feine von 42—48 Thlr. pr. 2000 Pfd.

Hafer nach Qualität. 45—47 Thlr. pr. 2000 Pfd.

Spiritus $14\frac{5}{6}$ Thlr. bez.

Stettin, den 18. April.

Weizen, loco 60—80, per Frühjahr 80, per Mai-Juni $79\frac{1}{2}$ Br., per Juni-Juli 80.

Roggen, loco 50—52, per Frühjahr $50\frac{3}{4}$, per Mai-Juni $51\frac{1}{2}$, per Juni-Juli $52\frac{1}{2}$.

Rüböl, loco 100 Kilogramm $26\frac{1}{3}$ Br., per Frühjahr 100 Kilog. $25\frac{1}{2}$, per Septb.-Oktbr. 100 Kilogramm $24\frac{11}{12}$.

Spiritus, loco $16\frac{5}{12}$, per Frühjahr $16\frac{1}{2}$ Br., p. Mai-Juni $16\frac{5}{6}$, per Juni-Juli $16\frac{11}{12}$.

Amtliche Tagesnotizen.

Den 19. April. Temperatur: Wärme 5 Grad. Luftdruck 28 Zoll — Strich Wasserstand: 6 Fuß — Zoll.

Inserate.

Bekanntmachung.

Die Chausseegeld-Hebestelle zu Podgorz soll vom 1. October d. J. ab auf 3 resp. 1 Jahr anderweit verpachtet werden. Wir haben hierzu einen Termin auf

Dienstag, den 30. Mai d. J.
Vormittags 10 Uhr

in unserm Geschäftslokale anberaumt, zu welchem wir Pachtliebhaber mit dem Bemerken einladen, daß ein jeder Licitant eine Caution von 100 Thlr. im Termin baar einzuzahlen hat.

Die Pachtbedingungen können in unserer Registratur und bei der Steuer-Receptur zu Podgorz während der Dienststunden eingesehen werden.

Thorn, den 15 April 1871.

Königliches Haupt-Zoll-Amt.

Bekanntmachung.

Dienstag, den 25. April cr.
Vormittags 10 Uhr

sollen im Packhofe hierselbst 2 Fässer französischer Wein im Gewicht von 10 Ctr. 24 Pfund öffentlich an den Meistbietenden verkauft werden.

Thorn, den 17. April 1871.

Königliches Haupt-Zoll-Amt.

Auction.

Freitag, am 21. April 9 Uhr fr. sollen in dem Hause Altstadt Nr. 443, 1 Tr. h. verschied. Möbel, Betten, Haus- und Küchengeräthe verauctionirt werden.

Auction.

Montag, den 24. April
Vormittags 11 Uhr

beabsichtige ich 85 Fettschaafe, in Posten von 5 Stück, gegen gleich baare Zahlung an den Meistbietenden zu verkaufen. Den Käufern mehrerer Posten kann auf Verlangen Stand gewährt werden.

Pfuhl. Dubielno.

Zahnarzt H. Vogel trifft in kurzer Zeit in Thorn wieder ein.

Briefbogen mit der Ansicht von Thorn

à Stück 6 Pf. zu haben in der Buchhandlung von **Ernst Lambeck.**

Nordd. 5% Schatz-Anweisungen.

II. Emission.

Den Umtausch der Interimsscheine gegen definitive Stücke besorgt **kostenfrei.**

L. Simonsohn,
Bank- und Wechsel-Geschäft.

Zu den bevorstehenden

Confirmations-Festen

erlaube ich mir auf mein reichhaltiges Lager von elegant gebundenen

Erbauungsschriften und Gebetbüchern

aufmerksam zu machen.

Als passende Geschenke eignen sich vorzüglich folgende:

Alles mit Gott. 25 sgr.
Arndt, Abendklänge aus Gottes Wort. 1 thlr. 20 sgr.
Daheim des Christen. 1 thlr. $7\frac{1}{2}$ sgr.
Der Christ vor Gott $27\frac{1}{2}$ sgr.
Gott mit Dir! 1 thlr. $12\frac{1}{2}$ sgr.
Opitz, Beicht- und Communionbuch. 1 thlr.
Opitz, Heilige Stunden einer Jungfrau. 1 thlr.
Hammer, Leben und Heimath in Gott. 2 thlr.
Gerock, Palmblätter. Min. Ausg. 1 thlr. 14 sgr.
Riche, Führer auf dem Lebenswege. Min.-Ausg. 1 thlr.
Spicker, Abendmahl 1 thlr.
— Andachtsbuch. 2 thlr. 15 sgr.
— Emiliens Stunden der Andacht 1 thlr. 20 sgr.
Strauß, Sinai und Golgatha. 1 thlr. 15 sgr.
Sturm, Hausandacht. 2 thlr.
Witschel, Morgen und Abendopfer. $27\frac{1}{2}$ sgr.
u. A. m.

Ernst Lambek.

Epileptische Krämpfe (Fallsucht)

heilt **brieflich** der **Specialarzt** für Epilepsie Doctor **O. Killisch** in **Berlin** jetzt: Louisenstraße 45. — Bereits über Hundert geheilt.

Vorräthig in der Buchhandlung von **Ernst Lambeck** in Thorn:

Die neue Maß- und Gewichtsordnung in kurzer Uebersicht

mit Rücksicht auf die Verwandlung des alten Maßes und Gewichtes in das neue.

Nebst Tabellen zur Umrechnung der Preise.

Für Schule und Haus, Handel u. Gewerbe herausgegeben von **Jul. Rücker.**

Zweite vermehrte Auflage.

Preis nur 1 Sgr.

Eine Garnitur Mahag. Polster-Möbel stehen zum Verkauf Culmerstr. 344, eine Treppe.

Jemand der mit der doppelten Buchführung vertraut ist, kann sich einige Zeit beschäftigen. Wo? sagt die Exp. d. Bl.

Für eine alte renommirte **Feuer-Versicherungs-Gesellschaft** wird ein tüchtiger Vertreter in dieser, wie in der Transport- und Spiegelglas-Versicherungs-Branche für Thorn und Umgegend gesucht und erbittet man frankirte Offerte unter **L. P. poste restante Danzig.**

Thorn, im Saale des Artushofes.
Donnerstag, den 20. April.

3. Opern-Gesangs-Concert

von

C. Hané mit Frau u. Töchtern.

Anfang ½8 Uhr Abends
(Näheres durch gedruckte Zettel.)

Verschönerungs-Verein.

Freitag, den 21. d. M., Nachmittags $4\frac{1}{2}$ Uhr im Magistratssessionszimmer

General-Versammlung

zu welcher die Mitglieder eingeladen werden.

Tagesordnung: Jahresbericht, Rechnungsvorlage, Neuwahl des Vorstandes.

Der Vorstand.
Koerner.

Einem geehrten hiesigen und auswärtigen Publikum die ergebene Anzeige, daß ich sämmtliche meiner Fabrikate zu bedeutend herabgesetzten Preisen verkaufe. Herren-Gamaschen in jeder Ledersorte mit Doppelsohlen à 3 Thlr 15 sgr., mit einfachen Sohlen à 2 Thlr. 20 sgr. Feine Damen-Stiefeletten in Serge à 1 Thlr. 15 sgr. Damen-Gamaschen à 1 Thlr. bis 1 Thlr. $2\frac{1}{2}$ sgr.

Scholly Behrendt.

Frischen engl. Porter empfiehlt **Herrmann Schultz,** Neust.

1000 Scheffel rothe Eßkartoffeln hat das Dominium Schönau zu verkaufen. **Kunkel.**

Einige junge Leute finden gutes Logis mit Beköst. Wo? sagt die Exp. d. Ztg.

Eine Familien-Wohnung Versetzungs halber von sogleich oder zum 1. Mai zu verm. Das Nähere Gerechtestr. 124.

Wohnungen zu vermiethen bei Stellmacher **Müller,** Klein-Mocker.

1 möbl. Zim. z. 1. Mai verm. **Kolinski.**

1 m. Stube u. Kab. Brückenstr. 19 zu verm.

1 gr. mbl. Zim. z. v. Kl. Gerbstr. 20, 2 Tr.

Möblirte Zimmer vermieth. **W. Henius.**

Eine möblirte Stube nebst Kabinet v. 1. Mai zu vrm. Copernikusstr. 170, 1 Tr.

Brückenstraße Nr. 20 II. Etage ist eine Wohnung von 2 Zimmern, Kabinet, Vorzimmer und Zubehör vom 1. Juli oder, sofort zu vermiethen.

Verantwortlicher Redakteur Ernst Lambeck. — Druck und Verlag der Rathsbuchdruckerei von Ernst Lambeck.